

# Danziger Zeitung



№ 17887.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagenstraße Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelaptenen gewöhnliche Schriftzelle oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 14. Sept. (Privattelegramm.)** Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Dem Landtage wird ein Gesetz über die Verwendung der Sperrgelder zu katholisch-kirchlichen Zwecken vorgelegt. Dem Episcopat wird bei der Verwendung eine umfassende Mitwirkung eingeräumt werden.

— Die „Kön. Ztg.“ beklagt sich bitter darüber, daß mit der englischen Besitznahme von Samu und der Benadirküste die Emin-Expedition des Dr. Peters von Deutschland abgeschnitten sei; eine zweite Theilung Ostafrikas habe binnen wenigen Monaten lediglich zu Gunsten Englands stattgefunden, England besitze alle Wasserstraßen und Wege ins Hinterland, Deutschostafrika sei eine kleine (? D. R.) Küstenbestimmung in dem von England beherrschten östlichen Drittel Afrikas, wo Deutschland noch unlängst die Vormacht gewesen sei. In Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse habe die Colonialgesellschaft, wie schon gemeldet, die geplante Generalversammlung in Köln aufgegeben.

(Diese Klagen beruhen auf großer Uebertreibung. Werden doch durch diese sog. „zweite Theilung Ostafrikas“ die Grenzen der riesigen deutschen Interessensphäre vom Cap Delgado im Süden bis Usambara im Norden und nach dem Inneren zu über den Kilima-Ndscharo bis zum Victoria-Nyanza, Tanganika und Niassa-See nicht im geringsten berührt.)

**London, 14. Septbr. (Privattelegramm.)** Die australischen Colonialregierungen haben endgiltig ihren Beitritt zu der Zuckerconvention abgelehnt.

— Aus San Francisco wird gemeldet: Im ganzen Gensergebiete des Yellowstoneparks erfolgten heftige Ausbrüche. Verschiedene bisher ruhende Genser sind in wilder Thätigkeit.

**Rom, 14. September. (Privattelegramm.)** Aus Neapel wird gemeldet, daß der Ministerpräsident Crispi gestern auf dem Corso Caracciolo durch einen auf ihn geschleuderten großen Stein am Anie und linken Ohr verwundet worden sei. Der Attentäter ist verhaftet und simulirt Irrensin.

**Neapel, 14. Sept. (W. I.)** Als der Ministerpräsident Crispi gestern Abends 6 1/2 Uhr in der Straße Caracciolo mit seiner Tochter eine Spazierfahrt machte, schleuderte ein Individuum zwei Steine auf ihn, deren einer ihn am Anie verwundete. Das Individuum wurde alsbald verhaftet. Er bezeichnete sich als den ehemaligen Architekturjüngling Emil Caporali und ist 21 Jahre alt. Die Wunde Crispis scheint nur eine leichte zu sein; er kehrte ganz ruhig nach Hause zurück. Die Bevölkerung ist sehr entrüstet.

**Sofia, 14. September. (Privattelegramm.)** Die Regierung beabsichtigt alle in bulgarischen Staatsdiensten stehenden Ausländer am 1. Januar 1889 zu entlassen. Die Maßregel trifft vornehmlich Tschechen und Russen.

**Janzibar, 14. Septbr. (W. I.)** Eine Colonne der Wilmann'schen Polizeitruppe hat eine größere Recognoscirung in den Küstendistrikten zwischen Bagamoyo und Dar-es-Salaam vorgenommen, wobei der Hafentort Konduschi, dessen Bewohner die aufständischen Araber mit Munition und Lebensmitteln unterstützt hatten, genommen und zerstört wurde.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. September.

### Das Ende des Londoner Strikes

Es nun endlich da, und zwar unter Umständen, welche die Annahme rechtfertigen, daß nicht wiederum, wie vor acht Tagen, Mißverständnisse dazwischen treten und das erzielte Einvernehmen föhren werden. Es ist zu einem Compromiß zwischen den Arbeitern und Dockdirectoren gekommen, indem beide Parteien von ihren Forderungen etwas nachgelassen haben. Die Dockdirectoren wollten bekanntlich den geforderten höheren Lohn erst vom 1. Januar 1890 an bewilligen, die Strikenden verlangten diese Erhöhung schon vom 1. Oktober an. Man hat nun die Mittelstraße eingeschlagen, so jedoch, daß der Nachlaß an den Forderungen der Arbeiter ein kleinerer war, als an denjenigen der Dockgesellschaften.

Schon eine vorgestern spät Abends veröffentlichte Mittheilung des Mansion-House-Schneeschusses sprach von gegründeter Aussicht auf baldige, ja sofortige Beendigung des Ausstandes der Hafnarbeiter. Es heißt in der Erklärung: Cardinal Manning und der Abgeordnete Sydney Burton pflogen gestern zuerst mit dem Dockauschusse und dann mit den Vertretern des Ausstandsausschusses längere Unterredungen. Beiderseits behandelte sich eine freundlichere Stimmung. Das Ende des Lohnstreites könne allerdings erst verhandelt werden, wenn das betreffende Abkommen unterzeichnet worden sei, allein die endgiltige Regelung werde nur verzögert durch einige noch zwischen den Dockgesellschaften und anderen Interessenten schwebende Fragen, deren befristete Lösung heute (Freitag) erziel werden dürfte.

Diese Erwartung ist in Erfüllung gegangen, wie aus nachstehendem heute eingetroffenen Telegramm hervorgeht:

**London, 14. September. (W. I.)** Gämmtliche

Strike-Comités der Dockarbeiter haben gestern ihre Zustimmung zu dem Vorschlage des Cardinals Manning gegeben, wonach die Erhöhung des Lohnes auf sechs Pence am 4. November in Kraft treten soll. Die Directoren der Dockgesellschaften erklärten sich bereit, diese Bedingungen anzunehmen, vorausgesetzt, daß sämmtliche Arbeiter der Themse docks und -Quais die Arbeit nächsten Montag aufnehmen. Da die Lastträger die einzigen sind, die mit den Bedingungen nicht zufrieden sind, erwartet man zuversichtlich, daß der Strike nächsten Montag beendet sein wird.

Um diesmal einen Rücktritt von dem getroffenen Abkommen unmöglich zu machen, sollte der Vergleich schriftlich ausgefertigt werden. London aber und England, der ganze Welt-handel, der mit so unzähligen Fäden an dem Leben und Treiben des Londoner Hafens be-theiligt ist, werden aufatmen, wenn der Alp-druck, den diese Strikebewegung für sie bildet, definitiv verschwunden sein wird.

Die Arbeiter haben gekämpft unter fast unge-theilter Sympathie der englischen Bevölkerung und sie haben gefiegt in gerechter Sache. Mögen sie sich ihres Sieges freuen, aber sich mit ihm begnügen und ihn nicht zum Ausgangspunkte unbilliger Forderungen machen; mögen vor allem aber die Arbeitgeber aus diesem Lohnkampfe die gebührende Lehre ziehen und in Zukunft gerechten Ansprüchen der Arbeiter freiwillig und zeitig Rechnung tragen, damit es nicht wieder zu solchen Kämpfen kommen muß, die, wie sie auch aus-fallen mögen, nach Art aller Kriege empfindliche Verluste im Gefolge haben für den Besiegten so-wohl wie für den Sieger.

### Zum Schweineeinfuhrverbot.

Zur Bertheidigung des Schweineeinfuhrverbots beruft sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem neuesten, telegraphisch bereits signalisirten Artikel auf eine am 26. Februar 1886 vom Reichstage an-genommene Resolution. Diese Resolution lautet:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: nach § 4 des Reichsgesetzes, betreffend Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1886, dafür sorgen zu wollen, daß die Vorkehrungen zur Verhinderung des Schmutzverkehrs, sowie die Vorsichtsmaßregeln bei der Vieheinfuhr vom Auslande in ein züchtiges Verhältnis gebracht werden zu den auf die Verminderung der Viehseuchen gerichteten wohlberathigten strengen gesetz-lichen Bestimmungen im Inlande, ferner, daß der peribolischen Desinfection der Gassen, Plätze und der Ställe der Viehhändler seitens der Polizeibehörden die-selbe Aufmerksamkeit zugewendet werde, wie der Desinfection der Eisenbahnwagen.“

Minister Lucius sah in dieser Resolution ganz richtig den Vorschlag, daß in Beziehung auf die Grenzbeachtung eine energische Handhabung stattfinden solle, und bezeichnete dieselbe als eine Anregung, die seines Erachtens die verbündeten Regierungen ohne weiteres ihrerseits auch an-nehmen könnten. Gätte die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Resolution im Wortlaut angeführt, so wäre sofort klar gewesen, daß die Resolution sich gar-nicht auf das Verbot der Einfuhr, sondern auf die „Vorsichtsmaßregeln bei der Einfuhr, insbe-sondere den Schmutzverkehr bezieht. Noch deutlicher tritt die Harmlosigkeit der „Norddeutschen“ her-vor, wenn man sich erinnert, daß die am 26. Febr. 1886 vom Reichstage abgeleitete Novelle zum Viehseuchengesetz sich ausschließlich auf die Lungen-seuche bei Rindvieh bezog.

Was nun die Preissteigerung des Schweine-fleisches anlangt, von der wir gestern betont haben, daß für sie in jenen Gegenden das Ein-fuhrverbot zwar bei weitem nicht die alleinige, wohl aber mitwirkende Ursache sei, so beruft sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ für ihre Behauptung darauf, daß die Preissteigerung des Schweine-fleisches nicht mit dem Einfuhrverbot zusammen-hänge, daß die Preise für frisches Schweinefleisch und geräucherter Speck im Durchschnitt in den 24 größeren Markorten Preußens schon seit Anfang dieses Jahres gestiegen seien. Sie muß aber selbst zugeben, daß die Steigerung in den Monaten Januar bis Juli für frisches Fleisch nur 10 Pfg., während die Steigerung im August allein 12 Pfg. betrug. In der That betrug die Fleisch-preise im Juni 125, Juli 129, August 141, die Preise für Speck im Juni 161, Juli 163, August 174. Der mitwirkende Einfluß des Einfuhrver-bots tritt doch hier klar zu Tage.

Sehr interessant ist das Verhalten einiger Blätter bei dieser Frage. Sie erkennen selbst die Schädigung der Interessen der ärmeren Be-völkerung — aber die Hauptsache bleibt für sie doch der Kampf gegen die freisinnige oder „fort-schrittliche Presse“. So giebt auch die Königs-berger nationalliberale „Allg. Ztg.“ der „Nordd. Allg. Ztg.“ Recht in ihrem Ausfall gegen die „stellenweise maßlose Ausbeutung der Preis-steigerung seitens der fortschrittlichen Presse“. Und was kommt nachher? Das Anerkennniß, daß „die große Masse der Bevölkerung ihren Fleisch-consum nicht einschränken soll“ und die Forde-rung: „Herabsetzung des Zolls auf das Fleisch geschlachteter Schweine.“ Einverstanden! Wenn also die Sache von solcher Wichtigkeit ist — hat dann die Presse nicht die Pflicht, fortgesetzt darauf zu dringen, daß Abhilfe kommt? Was soll also dieser gänzlich ungerechtfertigte Ausfall gegen die „fortschrittliche Presse“?

### Freisinnige Wahlakt.

Das officielle Organ der Conservativen, die „Conf. Correspondenz“, schreibt: „Von Seiten der Freisinnigen ist durch die Feder des Abg. Alexander Meyer in der „Bresl. Ztg.“ mit einer Offenheit, die nicht zu erwarten war, kundgethan, daß

der Freisinn mit ausbrüchlichem Einschlag der ehe-maligen Cessionisten überall und ohne Ausnahme in denjenigen Wahlkreisen für die Gegner des Cartells eintreten werde, wo die Partei nicht eigene Candidaten aufstellt. Es hieß doch an dem gesunden Sinne des Volkes zweifeln, wenn man annehmen wollte, daß der größte Theil der Wählerchaft denjenigen Parteien seine Stimme geben werde, die offen ihre Solidarität mit den Umfützern, den Welfen, Dänen und Polen proclamiren.“

Dem gegenüber muß nochmals hervorgehoben werden, daß der betreffende Correspondent der „Bresl. Ztg.“ ausdrücklich erklärt hat, daß er nicht Abgeordneter sei; Dr. Alexander Meyer ist es also nicht. Ein Beschluß der freisinnigen Partei existirt überhaupt nicht. Aber die „Conf. Corr.“ weiß das natürlich alles besser.

### Conservative und Nationalliberale.

Bei der Besprechung einer neuen, zur Ver-herlichung der Nationalliberalen und des Cartells unter dem Pseudonym D. Pica erschienenen Broschüre „Unter drei Kaiser“ stellt die „Kreuz-ztg.“ den Nationalliberalen folgendes Zeugniß aus: „Wir sind gern bereit anzuerkennen, daß seit dem Tage von Heidelberg, durch trübe Erfahrungen gemüthigt und im Interesse der Rettung der eigenen Partei, die Nationalliberalen sich in vieler Beziehung nicht nur der Politik des Reichs-kanzlers, sondern auch den politischen An-schauungen der Conservativen genähert haben. Sind sie doch allmählich aus Gegnern zu An-hängern der Social- und theilweise auch der Wirtschaftspolitik geworden. Aber sie haben auch gelernt, die Bedeutung des mächtvollen, persönlichen Königthums besser zu verstehen und ihre Vorliebe für ein parlamentarisches Regime, das ihnen vor noch gar nicht langer Zeit eben-so gut wie noch heut dem Freisinnigen als Ideal galt, zurückzustellen. Das ist gewiß: eine Umkehr des Nationalliberalismus hat stattgefunden und sie allein hat das Cartell von 1887 für uns über-haupt denkbar gemacht.“

Ebenfalls ist der „Kreuz-ztg.“ nur noch, daß die Partei erklärt, daß sie an ihrem alten Programm von 1881 festhalte. Jedenfalls behaupten die Freunde der „Kreuz-ztg.“ noch die nationallibe-ralen Candidaten bei den Wahlen, wie z. B. in Halberstadt. Sie verlangen und nehmen die nationalliberale Hilfe gern an, wo es gilt conser-vativen Candidaten zum Siege zu verhelfen. Vor allem suchen sie ihre eigene Macht zu stärken.

### Ihr Wahlbewegung in Frankreich.

Der alte Stadione ist in dieser Woche in Paris gewesen, um die dortige Ausstellung zu besichtigen, und hat auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest-essen der französischen Republik ein gutes Eumundzeugniß ausgesprochen. Ein derartiges Zeugniß aus dem Munde eines Gladstone ist für eine Republik, die auf Tod und Leben und ihr Prestige kämpft, nicht ganz werthlos. — Wenn die Republik aus den jetzigen Wahlkämpfen sie-gerich hervorgeht, was von Tag zu Tage wahr-scheinlicher wird, so hat die Weltausstellung zu dem günstigen Ausgang vielleicht das Meiste bei-getragen. Die monarchischen Parteien Frankreichs und die monarchischen Regierungen Europas haben durch ihre Abstimmungsentscheidungen dazu geholfen, die Ausstellung als eine specifisch republikanische Schöpfung erscheinen zu lassen. Nun ist aber der Erfolg der Ausstellung ein so über alles Erwartetes großartiger, daß das An-sehen der Republik aus diesem Erfolge neue Kraft gewinnen mußte. Denjenigen aber, welche sich abseits hielten, erwacht ein solcher Trost aus der Wahrnehmung, daß man ihre Abwesenheit garnicht bemerkt.

Mittlerweile steigert sich namentlich in Paris der Wahlkampf zu immer größerer Hitze. Die Republikaner machen die größten Anstrengungen, Paris zurückzugewinnen; aber die Chancen der Boulangisten und Bonapartisten scheinen die besseren zu sein. Ueber den Inhalt von Bou-langers letzter Proclamation liegt heute folgende Depesche vor:

**Paris, 14. Sept. (W. I.)** In der Proclamation Boulangers an die Wähler von Montmartre heißt es, Boulanger wolle die Revision der Verfassung die opportunistischen Politiker hätten Frankreich an den Rand des Abgrundes gebracht, die Bou-langisten wollten den Sturz hindern; Boulanger verlange die Stimmen für sich, nicht weil er eine durch Verfolgungen und Verleumdungen in den Vorbergrund geppene Persönlichkeit sei, sondern weil er das Nationalgefühl darstelle, welches endlich die schmerzlichen Lasten der wachsenden Staats-schulden, unerträglichen Ungerechtigkeiten und Erniedrigung des Vaterlandes abuschütteln firebte. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Es lebe Frankreich und die Republik.“

Nach Mittheilungen der Pariser Abendblätter wurden die Plakate mit Rundgebungen Boulangers entfernt, weil dieselben keinen mit den Wahlen zu-sammenhängenden Inhalt hatten, sondern be-leidigende Ausseerungen gegen den obersten Gerichtshof enthielten. In Belleville wurden gestern Wahlmanifeste Rocheforts angeschlagen, ohne daß bisher die Behörden dagegen ein-schritten.

### Eine Amerikanerin über weibliche Erziehung.

In der Wochenschrift „Die Nation“ hatte der Reichstagsabgeordnete A. Schrader vor einiger Zeit eine Reihe von Artikeln über „weibliche Erziehung“ veröffentlicht. Diese Aufsätze haben Frau Garrison-Dillard aus Newyork (Gatin des

bekanntem (deutschen) Schöpfers der Northern-Pacific-Bahn Henry Dillard und Tochter des be-rühmten amerikanischen Philanthropen und ver-bienstvollen Förderers der Sklaven-Emancipation William Lloyd Garrison) Veranlassung gegeben, in der neuesten Nummer der „Nation“ den Standpunkt zu erläutern, von welchem denkende Frauen diese wichtige Frage in den Ländern be-trachten, wo dem weiblichen Geschlechte volle Gelegenheit zu seiner höchsten geistigen Entwicklung geboten wird. Wir entnehmen dem Artikel das Folgende: „Es ist eine in unserem Lande (nämlich in den Vereinigten Staaten) offenkundige That-sache, daß die Frau, die gründlich zu denken und geistig zu arbeiten gelernt hat, auch am besten im Stande ist, ihren Haushalt weise und systematisch zu ordnen. Es ist das so begreiflich, daß die Thatfache der Ermahnung eigentlich gar nicht bedürfen sollte, wenn es nicht noch immer Menschen gäbe, die sich durchaus nicht davon überzeugen lassen wollen, daß geistige Bildung nirgends ein Mangel ist. Jeder weiß, daß Männer, die Staatsangelegenheiten zu verwalten oder große geschäftliche Unternehmungen zu leiten haben, viel weniger von Kleinigkeiten berührt werden, weil ihr Gesichtskreis ein so viel aus-gedehter ist, als der jener Männer, die ihre Thätigkeit in niedrigeren Stellungen und engeren Kreisen ausüben. Aus demselben Grunde sollte man es als selbstverständlich betrachten, daß die Frau ihre Haushaltung besser führen würde, wenn sie auch anderen Interessen als den aus-schließlich häuslichen lebte. Eine Haushaltung richtig zu leiten, ist in der That keine so schwierige Aufgabe, daß ein wohlgebildetes junges Mädchen besonderer Vorbereitung dazu bedürfte, außer der, welche sie in einem geordneten Haus-stande an der Seite einer fähigen Mutter empfängt. Willigkeit und ein guter Verstand reichen in der Regel aus, und die selbstgemachte Erfahrung ist jedenfalls nützlicher als ein lang fortgesetzter theoretischer Unterricht, selbst wo jene zwei Eigenschaften fehlen.“

Auch ist die Besorgniß nicht recht verständlich, daß, wie so viele meinen, die Frau durch die volle Pflege ihrer geistigen Fähigkeiten „nur ein Vorbild des Mannes werde. Wer will behaupten, daß ein Mann sich vermeiblich, weil er hoch, wärdigt und schneidert? Und warum sollte eine Frau ihrer Weiblichkeit schaden, wenn sie sich geistig anstrengt, um, wie der Mann, selbständig ihr Brod zu verdienen? Es ist sehr merkwürdig, daß sich die erwähnte Befürchtung besonders in Europa geltend macht, wo Frauen der anstren-gendsten und niedrigsten körperlichen Arbeit ob-liegen, wobei es aber niemanden einfällt, die in diesem Falle eher begründete Behauptung aufzu-stellen, daß sie ihre Weiblichkeit dadurch verlieren. . . . Es ist durchaus eitel, wie es so viele zu thun pflegen, sich mit Vorstellungen der entsehliden Folgen für die menschliche Gesellschaft zu plagen, die eine volle Gleichheit der Berechtigung der beiden Geschlechter auf die beste Erziehung mit sich bringen würde; denn das Resultat der aus-gedehten praktischen Proben, die man in dieser Richtung in England wie in Amerika gemacht hat, ist ein höchst befriedigendes gewesen. Auch kann die günstige Wirkung dieses Fort-schrittes auf Staat und Gesellschaft in beiden Ländern nicht abgeleugnet werden. Die Frau, welche wirklich erst einmal Interesse an den höheren Fragen des Lebens gewonnen hat, pflegt ihr Streben und Trachten noch eifriger als bisher darauf zu richten, die Heiligkeit des Hauses zu erhalten. Durch die Uebung ihres Urtheils wird sie mit der Zeit — ein Entwicklungsproceß, der sich auch beim Manne nur allmählich vollzogen — befähigt werden, mit Verständnis an allen das allgemeine Wohl betreffenden Angelegenheiten theil-zunehmen. Diese glückliche Wendung wird in Deutschland vielleicht noch einige Zeit auf sich warten lassen, aber eintreten muß sie doch ein-mal. Dann wird man angesichts des zugestande-nen Einflusses der Frauen in jener Zukunft nur schwer begreiflich finden, wie man je empfehlen konnte, die Frauen auf einer Stufe minder-er geistiger Verantwortlichkeit zu belassen und ihnen das Recht auf die vollste Entwicklung, deren sie fähig sind, vorzuenthalten, statt sie zur vollen Verantwortlichkeit im Leben zu berufen und ihnen den Weg zur höchsten Erziehung zu erschließen. Man möge auch hier nur einfach die Regeln der Gerechtigkeit anwenden. Man wird dadurch einen wahren Fortschritt der Menschheit bewirken und größere Ordnung und Sicherheit herbeiführen, nicht aber, wie uns manche glauben machen möchten, ein Chaos heraufbeschwören.“

### Die Marine-Conferenz in Washington.

Die deutschen Delegirten zur internationalen Marine-Conferenz in Washington werden voraus-sichtlich Mitte nächsten Monats abreisen. Als Delegirte werden Commissare vom Auswärtigen Amt, vom Reichsamt des Innern und Mitglieder bzw. Offiziere der kais. Admiralität abgeordnet. Auch Hamburg wird zur internationalen Marine-Conferenz einen Vertreter entsenden. Die Auswahl der Delegirten hängt mit gewissen Etiquette-Fragen zusammen, da beispielsweise England mehrere Admirale zur Konferenz entsendet. Freilich wird man auch die maritime Bedeutung der einzelnen an der Konferenz theilnehmenden Staaten in Berücksichtigung ziehen müssen.

Was die in den letzten Tagen im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen angeht, so galten dieselben, wie die „St.-Corr.“ mit-theilt, im wesentlichen Besprechungen über die auf der Konferenz von den deutschen Delegirten einzunehmende Haltung. An formelle Instruktionen ist dabei nicht gerade zu denken, da ja die Inter-





